Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Beschluss vom 22.2.2008

Tenor

Die Beschwerde wird zurückgewiesen.

Gründe

I.

Dem Kläger geht es um Prozesskostenhilfe für seine Klage vom 19. Juli 2006 gegen den Bescheid vom 10. Juli 2006. Durch diesen Bescheid wird er – auf der Grundlage zweier Verpflichtungserklärungen (vom 5.5.2004 und vom 12.10.2004) zur Erstattung der Kosten herangezogen, die durch die Gewährung von Eingliederungshilfe (Bescheid des Beklagten vom 3.5.2005) für die Tochter seiner Ehefrau entstanden sind.

Mit Beschluss vom 16. Oktober 2007 hat das Verwaltungsgericht den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für das Klageverfahren abgelehnt. Auf die Frage der Einkommens- und Vermögensverhältnisse und deren Glaubhaftmachung komme es nicht an. Der Antrag sei wegen fehlender Erfolgsaussichten abzulehnen. Insoweit wurde auf die Beschlüsse des Verwaltungsgerichts vom 31. Januar 2007 (Az. B 1 S 06.683) und des Verwaltungsgerichtshofs vom 14. März 2007 (Az. 19 CS 07.463) im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes verwiesen.

Am 17. Oktober 2007 erhob der Kläger Beschwerde gegen den Beschluss vom 16. Oktober 2007 und kündigte eine Begründung an, die am 23. Oktober 2007 als Fernkopie beim Verwaltungsgericht einging.

Mit Beschluss vom 23. Oktober 2007 half das Verwaltungsgericht der Beschwerde nicht ab. Nachdem die Beschwerde noch nicht begründet worden sei, könne auf die Gründe des Beschlusses vom 16. Oktober 2007 Bezug genommen werden. Darüber hinaus könne Prozesskostenhilfe schon deshalb nicht bewilligt werden, weil die Formblätterklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur zum Prozesskostenhilfeantrag im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes vorgelegt worden sei.

II.

Die Beschwerde ist unbegründet. Das Verwaltungsgericht hat das Prozesskostenhilfegesuch im Ergebnis zu Recht abgelehnt.

1. Die Ablehnung des Prozesskostenhilfegesuchs für das Klageverfahren kann nicht darauf gestützt werden, dass eine separate (inhaltsgleiche) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse – zusätzlich zu derjenigen für das Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes – nicht vorgelegt worden ist. Der Kläger hat die in § 166 VwGO i. V. m. § 117 Abs. 2 ZPO niedergelegte Obliegenheit nicht verletzt.

Die Auffassung des Verwaltungsgerichts – hinsichtlich der im Hinblick auf den Prozesskostenhilfeantrag für beide Verfahren im selben Schriftsatz die Gewährung rechtlichen Gehörs angezeigt gewesen wäre – überspannt die Anforderungen (zur Bedeutung des verfassungsrechtlichen Rechtsschutzgebots in diesem Zusammenhang vgl. BVerfG v. 14.10.2003 NVwZ 2004, 334 sowie BayVGH vom 26.10.2007 Az. 24 C 07.2530 mit Hinweis auf BGH vom 15.5.1990 MDR 1991, 50 und OLG Bamberg vom 12.04.2000 FamRZ 2001, 628). Zwar ist es im Regelfall demjenigen, der mehrere Klageverfahren betreibt, zumutbar, in jedem Rechtsstreit, für den er Prozesskostenhilfe beantragt, eine neue Erklärung über seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem dafür vorgesehenen Formular abzugeben (vgl. VGH BW vom 24.11.1992 Az. 11 S 2397/92, juris RdNr. 4). Denn das Gesetz sieht die Erklärungs- und Beibringungspflicht des Prozessbeteiligten vor, damit die jeweils zuständigen Gerichte sich nicht im Rahmen der Amtsermittlung auf die Suche nach verwertbaren Erklärungen und Bescheinigungen in möglicherweise nicht ohne weiteres zugänglichen Unterlagen machen müssen. Die Abgabe der formularmäßigen Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist jedoch kein Selbstzweck, sondern dient der Klärung der Frage der Bedürftigkeit einer Prozesspartei. Liegt – wie hier – eine solche Erklärung in einem sachlich zusammenhängenden (vgl. hierzu Kopp/Schenke, VwGO, 15. Aufl. 2007, RdNr. 4 zu § 166) und gleichzeitig anhängigen Verfahren vor und wird ausdrücklich Bezug auf sie genommen, besteht kein Bedürfnis, sie zu wiederholen. Die vom Verwaltungsgericht für seine Auffassung angeführten Entscheidungen betreffen die vorliegende Fallgestaltung nicht.

2. Die Klage gegen den Erstattungsbescheid vom 10. Juli 2006 bietet jedoch auch unter Berücksichtigung des Beschwerdevorbringens keine hinreichende Aussicht auf Erfolg (§ 166 VwGO, § 114 Abs. 1 Satz 1 ZPO).

a) Die Selbstverpflichtung des Klägers nach der Vorschrift des § 84 AuslG, die in allen hier wesentlichen Gesichtspunkten mit der Vorschrift des § 68 AufenthG inhaltsgleich ist, gilt auch nach dem Außerkrafttreten des Ausländergesetzes fort (§ 102 Abs. 1 Satz 2 AuslG; Funke-Kaiser in GK-AufenthG RdNr. 15 zu § 102) und bildet eine tragfähige Grundlage für den streitigen Erstattungsbescheid.

aa) Das Beschwerdevorbringen, der Stieftochter des Klägers hätte auch ohne diese Selbstverpflichtung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden müssen, greift nicht durch.

Der Stieftochter des Klägers stand kein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur Seite. Anzuwenden war die Vorschrift des § 17 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 20 Abs. 2 und Abs. 4 AuslG, die die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis in das Ermessen der Ausländerbehörde stellt und

vom Erfordernis des gesicherten Unterhalts nicht absieht. Wegen der Einzelheiten wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf den Beschluss des Senats vom 11. Juli 2007 verwiesen (AZ: 19 C 07.465). Das Beschwerdevorbringen enthält keine Anhaltspunkte, die nunmehr eine andere Einschätzung begründen könnten. Aus Art. 8 EMRK (und ebenso aus dem in gleicher Weise auszulegenden Art. 6 GG) ergibt sich keine Verpflichtung, für jeden Fall des Familiennachzugs einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis einzuräumen. Nach einem gefestigten Grundsatz des allgemeinen Völkerrechts ist jeder Staat unbeschadet seiner völkervertragsrechtlichen Verpflichtungen befugt, den Zuzug von Fremden (Familienangehörige eingeschlossen) eigenständig zu regeln (EGMR vom 28.5.1985 Az. 9214/80, 9473/81 und 9474/81 <Abdulaziz u. a.> RdNr. 67; BVerfG vom 12.5.1987 BVerfGE 76, 1).

bb) Die Selbstverpflichtung ist kein öffentlich-rechtlicher Vertrag und muss daher den insoweit geltenden Vorschriften nicht genügen.

Zur Begründung des Erstattungsanspruchs ist nach der gesetzlichen Regelung eine einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung erforderlich. Einer vertraglichen Vereinbarung bedarf es nicht. Dies ergibt sich ohne weiteres aus dem Wortlaut des Gesetzes und wird durch den Vergleich mit den Rechtsinstituten des Schuldversprechens und des Schuldanerkennnisses bestätigt, die kraft Gesetzes als einseitig verpflichtende Verträge ausgestaltet sind (BVerwG vom 24.11.1998 BVerwGE 108, 1/5 unter Hinweis auf §§ 780, 781 BGB). Die in der Beschwerdebegründung angeführten Entscheidungen des Oberlandesgerichts Düsseldorf und des Verwaltungsgerichts München, in denen die gegenteilige Auffassung vertreten wird, sind vor der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. November 1998 ergangen, durch die diese Frage einer grundsätzlichen Klärung zugeführt worden ist.

cc) Die Selbstverpflichtung des Klägers ist nicht deshalb unbestimmt und unwirksam, weil sie eine Befristung nicht enthält.

Zutreffend weist das Verwaltungsgericht in seinem Beschluss vom 31. Januar 2007 (Az. B 1 S 06.683), den die angegriffene Entscheidung in Bezug nimmt, darauf hin, dass es die Rechtsordnung der Entscheidung des einzelnen überlässt, ob und in welchem Umfang er für den Unterhalt eines Ausländers im Bundesgebiet aufkommen und damit die Voraussetzungen für dessen Aufenthalt schaffen will. Dementsprechend ist im Wege der Auslegung der jeweiligen Verpflichtungserklärung anhand objektiver Umstände (vgl. §§ 133, 157 BGB) konkret zu bestimmen, für welchen Aufenthaltswitz und welche (Gesamt-)Aufenthaltsdauer sie gelten soll. Der Geltungsdauer der Aufenthaltsgenehmigungen kommt dabei grundsätzlich keine entscheidende Bedeutung zu. Dies wird besonders augenfällig, wenn eine Verpflichtungserklärung abgegeben wird, um die Einreise und einen längeren (etwa zu Ausbildungszwecken) oder sogar auf Dauer angelegten Aufenthalt des Ausländers (etwa zur Familienzusammenführung) zu ermöglichen, die Geltungsdauer des Visums aber wie üblich auf drei Monate beschränkt wird. Sinn der Verpflichtungserklärung ist es nämlich, nicht nur den Versagungsgrund des nicht gesicherten Unterhalts vor der Einreise zu beseitigen, sondern ebenso, die Entstehung des Ausweisungsgrundes des § 46 Nr. 6 AuslG (Inanspruchnahme von Sozialhilfe, vgl. nunmehr § 55 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG) während des gesamten sich an die Einreise anschließenden Aufenthalts auszuschließen und damit einer Belastung öffentlicher Kassen während der Anwesenheit

des Ausländers vorzubeugen. Ferner kommt es auf die rechtliche Grundlage und nähere Ausgestaltung des Aufenthalts des Ausländers nicht an. Die Unterhaltsverpflichtung erstreckt sich grundsätzlich auch auf Zeiträume illegalen Aufenthalts einschließlich der Dauer einer etwaigen Abschiebung. Sie endet, wenn sie nicht ausdrücklich befristet ist, nach Maßgabe der Auslegung im Einzelfall mit dem Ende des vorgesehenen Aufenthalts oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen ersetzt und dies aufenthaltsrechtlich anerkannt worden ist (BVerwG vom 24.11. 1998 a. a. O. S.8).

Die Selbstverpflichtung des Klägers, die nach den allgemeinen Auslegungsgrundsätzen die Dauer des gesamten Aufenthalts seiner Stieftochter umfasst (Erklärung vom 5.5.2004: „... Kosten für den Lebensunterhalt und ... für die Ausreise...“; Erklärung vom 12.10.2004: „... während des Aufenthalts...“) enthält hiernach eine immanente Begrenzung. Der Verpflichtete haftet nicht für eine unbegrenzte Zeit, auch wenn eine Befristung nicht ausdrücklich beigefügt ist. Dem Bestimmtheitsanfordernis ist damit hinreichend Genüge geleistet.

dd) Aus dem Umstand, dass der sich Verpflichtende mit der Verpflichtungserklärung einem inneren Gebot zur Hilfeleistung (etwa aufgrund familiärer Verbindung) folgt, sie also in einer als Zwangslage empfundenen Situation abgibt, folgt nicht, dass ihre Entgegennahme durch die Ausländerbehörde sittenwidrig (vgl. Art. 44 Abs. 2 Nr. 6 VwVfG i. V. m. § 138 BGB) oder mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar ist.

Bei der Voraussetzung des gesicherten Unterhalts geht es nicht um die Koppelung einer staatlichen Vergünstigung an eine Gegenleistung (vgl. § 56 VwVfG), sondern darum, dass eine begünstigende Entscheidung nur bei Vorliegen ihrer gesetzlichen Voraussetzungen getroffen werden kann. Trägt der an einer positiven Entscheidung Interessierte nicht das in seiner Macht Stehende dazu bei, die Voraussetzungen des andernfalls nicht erfüllten Begünstigungstatbestandes zu schaffen, nötigt die Rechtslage die Behörde dazu, die Begünstigung zu versagen. Einen entsprechenden Hinweis zu geben, ist ihre Pflicht und hat mit der Ausnutzung einer Machtstellung nichts zu tun (BVerwG vom 24.11.1998 a.a.O S. 12).

Die Entgegennahme der Verpflichtungserklärung durch die Ausländerbehörde war auch nicht deshalb sittenwidrig, weil sie (wie in dem vom VGH Baden-Württemberg am 26.3.1997 - InfAuslR 1997, 309 - entschiedenen Fall) ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Klägers erfolgt wäre. Aufgrund des Verhaltens des Klägers und seiner Ehefrau musste die Behörde davon ausgehen, dass der Nachzug eines schulpflichtigen Kindes ohne wesentliche gesundheitliche Beeinträchtigungen beabsichtigt ist. Zweifel an einer ausreichenden Leistungsfähigkeit des in einem Beschäftigungsverhältnis stehenden Klägers waren daher nicht veranlasst.

ee) Die vom Kläger eingegangene Verpflichtung erstreckt sich nach Inhalt und Reichweite auf die Kosten der von seiner Stieftochter in Anspruch genommenen Eingliederungshilfe. Dem Beschwerdevorbringen sind keine Anhaltspunkte dafür zu entnehmen, dass die verwaltungsgerichtliche Auslegung der Verpflichtungserklärungen vom 5. Mai 2004 und vom 12. Oktober 2004 (vgl. S. 7/8 des Beschlusses vom 31.1.2007) unzutreffend sein könnte.

ff) Gründe, die den Kläger berechtigen würden, sich nachträglich durch einseitige Erklärung von der übernommenen Verpflichtung zu lösen, sind nicht ersichtlich. Hierzu eignen sich nur die Fälle

eines vom Erklärungsinhalt abweichenden Willens, deren Berücksichtigung der Empfänger der Verpflichtung billigerweise nicht ablehnen kann (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB, 65. Aufl. 2006, RdNr. 1 ff. zu § 119; zu einzelnen Fallgruppen vgl. Funke-Kaiser a. a. O. RdNr. 28 zu § 68). Solche Umstände sind weder vorgetragen noch sonst ersichtlich. Dem Kläger ist die Behinderung seiner Stieftochter bekannt gewesen, als er sich hinsichtlich der Kosten ihres Lebensunterhaltes für haftbar erklärt hat. Soweit die besondere Betreuung und Förderung im Rahmen der Eingliederungshilfe nicht das eigentliche Ziel des Nachzugs gewesen ist (vgl. hierzu das am 17.2.2005 bei der Behörde eingegangene Schreiben des Klägers und seiner Ehefrau), musste dem Kläger jedenfalls bewusst sein, dass seine Stieftochter angesichts ihrer Behinderung zu dem Personenkreis gehört, der im Bundesgebiet regelmäßig eine solche Betreuung und Förderung erfährt. Eine falsche Vorstellung über die Tragweite der Erklärung (sog. Motivirrtum) begründet kein sachliches Anfechtungsrecht (VGH Baden-Württemberg vom 26.3.1997 a. a. O.).

b) Rechtsfehler hinsichtlich des Erstattungsbescheides vom 10. Juli 2006, der die aus der Verpflichtungserklärung sekundär folgende gesetzliche Pflicht konkretisiert, Aufwendungen öffentlicher Stellen für den Lebensunterhalt des Ausländers zu erstatten, sind nicht hinreichend dargetan (zur Verjährungsfrist vgl. Funke-Kaiser a. a. O. RdNr. 39).

aa) Der Beklagte hat zwar den Bewilligungsbescheid über die Eingliederungshilfe zurückgenommen und die Erstattung der aufgewendeten Kosten von 11.002,56 EUR auch von der Stieftochter des Klägers gefordert (Bescheid ebenfalls vom 10.7.2006). Die Rechtmäßigkeit des an den Kläger gerichteten Erstattungsbescheids hängt jedoch nicht vom Ergebnis des Rechtsstreits um den seine Stieftochter betreffenden Bescheid ab.

Bleibt es letztlich bei dem Bewilligungsbescheid, sind öffentliche Mittel für den Lebensunterhalt der Stieftochter des Klägers aufgewendet worden; der Regel-Anwendungsfall des § 68 Abs. 1 AufenthG liegt vor. Der Abschnitt des Beschwerdevorbringens, durch den eine Rechtswidrigkeit des Rücknahme- und Erstattungsbescheids betreffend die Stieftochter des Klägers dargetan werden soll, ist daher nicht geeignet, das hiesige Klagebegehren zu stützen.

Erlangt letztendlich der Rücknahmebescheid Bestandskraft, ist von einer Rechtswidrigkeit der Eingliederungshilfe-Gewährung auszugehen. Für eine Erstattung der Kosten rechtswidrig erbrachter öffentlicher Leistungen bildet § 84 AuslG (nunmehr § 68 AufenthG) im allgemeinen keine Rechtsgrundlage, weil ein aufgrund eigener Erklärung Verpflichteter nicht damit zu rechnen hat, Leistungen erstatten zu müssen, die über den gesetzlichen oder durch ermessensleitende Verwaltungsvorschriften gesetzten Rahmen hinausgehen, und umgekehrt die öffentliche Stelle nicht erwarten kann, unrechtmäßig erbrachte Leistungen von dritter Seite erstattet zu erhalten (BVerwG vom 24.11.1998). Ein solcher Regelfall liegt hier jedoch nicht vor. Der Beklagte hält die Bewilligung für rechtswidrig, weil der Nachzug der Stieftochter des Klägers aufgrund unzutreffender Angaben und mit dem Ziel erfolgt sei, Sozialhilfe zu erhalten. An diesem Sachverhalt hat der Kläger in Kenntnis aller bedeutsamen Umstände mitgewirkt, wie der nicht durchgreifend in Zweifel gezogenen Würdigung des Verwaltungsgerichts im Beschluss vom 31. Januar 2007 (Az. B 1 S 06.683, S. 8) zu entnehmen ist. Der Kläger kann unter diesen Umständen (nach dem auch im öffentlichen Recht zu beachtenden Grundsatz von Treu und Glauben, vgl. u. a. BVerwG vom 22.1.1993 BVerwGE 92, 8) dem streitigen Erstattungsanspruch den Einwand der Rechtswidrigkeit ihrer Bewilligung nicht entgegenhalten

und bleibt dem ausländerrechtlichen Erstattungsanspruch ausgesetzt. Er musste damit rechnen, die Kosten der rechtswidrig bewilligten Eingliederhilfe erstatten zu müssen; ein solches Verlangen der Sozialverwaltung ist nicht unangemessen.

Der Erstattungsanspruch gegen den Kläger besteht dann zwar neben dem gegen seine Stieftochter gerichteten Erstattungsanspruch. Es war jedoch nicht erforderlich, bereits im Rahmen der erlassenen Bescheide die Frage zu klären, ob eine Gesamtschuld vorliegt oder in welchem sonstigen Verhältnis die Ansprüche zu einander stehen. Nachdem die Ansprüche auf den selben Betrag gerichtet sind, ist die Vollstreckung – die nach dem Inhalt der Bescheide vorrangig gegen den Kläger beabsichtigt ist – gegenüber beiden Betroffenen einzustellen, wenn sie den Gesamtbetrag von 11.002,56 EUR erreicht hat. Einer Vollstreckungsmaßnahme, die über diesen Betrag hinaus geht, kann jeder Betroffene (je nach der anzuwendenden Verfahrensordnung durch Widerspruch, Einspruch nach § 347 AO oder Vollstreckungsabwehrklage nach § 767 ZPO) entgegenzutreten.

bb) Der angefochtene Bescheid ist auch nicht ermessensfehlerhaft.

Im Hinblick auf das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist der Verpflichtete im Regelfall zur Erstattung heranzuziehen, ohne dass es dahin gehender Ermessenserwägungen bedürfte. Ein Regelfall wird vorliegen, wenn die Voraussetzungen der Aufenthaltsgenehmigung einschließlich der finanziellen Belastbarkeit des Verpflichteten im Verwaltungsverfahren voll und individuell geprüft worden sind und nichts dafür spricht, dass die Heranziehung zu einer unzumutbaren Belastung des Verpflichteten führen könnte. Hingegen hat die erstattungsberechtigte Stelle bei atypischen Gegebenheiten – also wenn die strikte Anwendung der Gesetze Folgen haben kann, die vom Gesetzgeber nicht gewollt sind und mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Verhältnismäßigkeit, insbesondere der Rücksichtnahme auf die individuelle Leistungsfähigkeit nicht vereinbar wären – im Wege des Ermessens zu entscheiden, in welchem Umfang der Anspruch geltend gemacht wird und welche Zahlungserleichterungen dem Verpflichteten etwa eingeräumt werden. Wann in diesem Sinne ein Ausnahmefall vorliegt, ist anhand einer wertenden Betrachtung aller Umstände des Einzelfalls zu entscheiden und unterliegt voller gerichtlicher Nachprüfung. Die zu den haushalts- und abgabenrechtlichen Billigkeitsvorschriften entwickelten Fallgruppen sachlicher und persönlicher Härte (vgl. zusammenfassend Seer, in: Tipke/Lang, Steuerrecht, 15. Aufl., § 22 Rn. 333 ff.) können einen Anhalt dafür bieten. Im übrigen ist unter Würdigung vornehmlich der Umstände, unter denen die jeweilige Verpflichtungserklärung abgegeben worden ist, zu klären, ob die Heranziehung zur vollen Erstattung der Aufwendungen gemäß § 84 Abs. 1 AuslG namentlich im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gerechtfertigt ist oder ob es weiterer Erwägungen bedarf, um zu einem angemessenen Interessenausgleich zu gelangen (BVerwG vom 24.11.1998 a. a. O.)

Eine Ausnahmesituation ist vorliegend nicht erkennbar.

(1) Die Heranziehung des Klägers zur vollen Erstattung der Aufwendungen ist nicht im Hinblick darauf unverhältnismäßig, dass die Einreise seiner Stieftochter zum Zwecke der Familienzusammenführung erfolgt ist. Der Kläger musste bei seiner Selbstverpflichtung mit Aufwendungen in dieser Höhe rechnen. Die Abgabe einer Verpflichtungserklärung zu Gunsten verwandter oder sonst nahe-

stehender Personen und die daraus folgende Belastung stellen keinen Ausnahmefall, sondern den Regelfall dar.

(2) Der Umfang des vom Kläger zu leistenden Schuldendienstes begründet ebenfalls keinen Härtefall. Die Einschätzung des Verwaltungsgerichts, die Kreditverbindlichkeiten seien nach Kenntnis einer möglichen Erstattungspflicht geschaffen worden, um eine eventuelle Rückerstattung zu verhindern (Beschluss vom 31.1.2007 Az. B 1 S 06.683 S. 9), ist anhand der vorliegenden Umstände nachvollziehbar und wird durch das Beschwerdevorbringen nicht erfolgreich in Zweifel gezogen. Seine Behauptung, die Verschuldung diene dem geplanten Erwerb von Wohneigentum, hat der Kläger nicht substantiiert (etwa durch eine nachvollziehbare Darlegung seiner Finanzplanung und der sonstigen für einen solchen Erwerb erforderlichen Schritte) belegt.

Einer Kostenentscheidung bedarf es nicht (vgl. Nr. 5502 des Kostenverzeichnisses – Anlage 1 zu § 3 Abs. 2 GKG – sowie § 127 Abs. 4 ZPO).

Diese Entscheidung ist nicht anfechtbar (§ 152 Abs. 1 GKG)

Vorinstanz: VG Bayreuth, Beschluss vom 16.10.2007, B 1 K 06.682